

der staatlichen Leitungsarbeit bei. Im „Neuen Deutschland“, dem Organ des Zentralkomitees der SED, in der „Einheit“, der theoretischen Zeitschrift der Partei, und im „Neuen Weg“, dem Organ für Fragen des Parteilebens, werden theoretische und praktische Fragen der Ausübung der Staatsmacht behandelt und Erfahrungen verallgemeinert, die allen in den Staatsorganen Beschäftigten helfen, ihre Arbeit zum Wohle des werktätigen Volkes zu qualifizieren.

Gegen die Verbindung von Volksvertretungen und Partei richtet sich das Feuer der imperialistischen und revisionistischen Staats- und Rechtsideologen. Die alte konterrevolutionäre Losung, die bereits die geschlagene russische Bourgeoisie und ihre menschwelistischen und Sozialrevolutionären Helfershelfer gegen die Sowjetmacht einsetzten — „Sowjets ja, aber ohne Kommunisten“<sup>23</sup> —, wird auch heute in vielen Spielarten verkündet. Besonders die auf dem „Pluralismus“ aufbauenden imperialistischen Ideologen und die Vertreter des sogenannten demokratischen Sozialismus werden nicht müde, die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei als undemokratisch zu verleumden und den „Abbau der Parteidiktatur“ im Interesse von angeblich mehr Demokratie zu fordern. Die Methode der Argumentation besteht in der Regel darin, die marxistisch-leninistische Partei der Arbeiterklasse wie eine beliebige Partei in bürgerlichen Ländern zu behandeln und von dort her die Forderung zu stellen, es müsse auch im Sozialismus einen Wechsel in der Regierungspartei geben. Die Partei der Arbeiterklasse ist aber nicht zu vergleichen mit bürgerlichen Parteien, die nur verschiedene Spielarten der bürgerlichen Ideologie und unterschiedliche Gruppen der imperialistischen Bourgeoisie repräsentieren. Ein Wechsel bürgerlicher Parteien in der Regierung bürgerlicher Staaten ist nie ein Wechsel in der Macht der herrschenden Klasse, bringt keine Veränderung des Klassenwesens des entsprechenden Staates.

Die marxistisch-leninistische Partei ist dagegen die einheitliche Führungskraft der revolutionären Klasse, die die einzig mögliche Alternative zur Ausbeuterordnung vertritt, die in ihren materiellen Lebensbedingungen Trägerin und Wegbereiterin der neuen Gesellschaftsordnung ist. Einen „Regierungswechsel“ in diesem Sinne in sozialistischen Staaten zu fordern, hieße Verzicht auf den Sozialismus-Kommunismus, bedeutete Trennung der Partei von den Bündnispartnern der Arbeiterklasse und ihre Auslieferung an die Bourgeoisie, bedeutete folglich nicht Erweiterung der Demokratie, sondern Rückverwandlung der realen sozialistischen Demokratie in die formale, eingeengte bürgerliche Demokratie. Damit ist das konterrevolutionäre Anliegen solcher „Ratschläge“ und Forderungen deutlich: es geht solchen Kritikern des realen Sozialismus nicht um die Vervollkommnung des Sozialismus, sondern um dessen Beseitigung. Es hat deshalb große Bedeutung für die Festigung des Staats- und Rechtsbewußtseins der Bürger der DDR und für den Schutz der sozialistischen Demokratie, wenn im Staatsrecht der DDR juristisch verbindlich die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei festgelegt wird (Art. 1 Verfassung).

23 Vgl. dazu Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Berlin 1973, insbes. S. 374 f. und W. I. Lenin, Werke, Bd. 32, Berlin 1975, S. 182 ff., 185, 192 ff., 245 f., 286 ff., 372 f., 518.